

## „Wir kämpfen um Berlin“

### Erklärung Kennedys zum Regierungswechsel — Letztes Gespräch mit Eisenhower

Washington/Bonn (ap/upi/dpa). John F. Kennedy hat sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten angetreten. Am Vorabend des Regierungswechsels traf er noch einmal mit seinem Vorgänger Eisenhower zu einem mehr als zweistündigen Gespräch im Weißen Haus zusammen. Kurz vorher hatte der neue Präsident in einem Zeitschriften-Interview erklärt, daß die USA es niemals zulassen würden, daß Berlin unter kommunistischen Einfluß gerät.

Eisenhower und Kennedy erörterten die weltpolitische Lage, soweit sie die Sicherheit der USA betrifft. Besonders erwähnt wurde die Situation in Westeuropa, im Fernen Osten, Afrika und im karibischen Raum. Kennedy teilte anschließend mit, Eisenhower habe der demokratischen Regierung den Rat aller scheidenden Minister und anderer hoher Beamter der Republikaner angeboten. Die Rolle Eisenhowers in der nächsten Zeit wurde Kennedy zufolge nicht weiter erörtert. Die Atmosphäre des Treffens bezeichnete der neue Präsident als „herzlich“.

### Um die Freiheit

In seiner Stellungnahme zur Berlin-Frage erklärte Präsident Kennedy wörtlich: „Die Welt muß wissen, daß wir um Berlin kämpfen werden. Niemals werden wir zulassen, daß die Stadt unter kommunistischen Einfluß gerät. Wir verteidigen die Freiheit von Paris und New York, wenn wir für die Freiheit in Berlin einstehen.“ Eine feste Haltung in Berlin und eine feste amerikanische Politik gegenüber Moskau sind unumgängliche Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.“

Chester Bowles, der neue Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, erklärte vor dem außenpolitischen Senatsausschuß in Washington, es wäre ein

großer Fehler, die amerikanischen Streitkräfte in Berlin zu vermindern. Solange die jetzige Lage in Berlin andauere und die Teilung Berlins ein Symbol für die Teilung Europas sei, könne nicht daran gedacht werden, die Truppen in der deutschen Hauptstadt zu reduzieren.

Nachdrücklich erklärte Bowles außerdem, daß nach seiner Ansicht Formosa um jeden Preis und ohne Rücksicht auf Risiken verteidigt werden müsse. Nach

dem jetzigen Stand der Dinge sei die Anerkennung Chinas durch Washington ausgeschlossen.

### Wunsch der Deutschen

Bundespräsident Lübke drückte in seinem Glückwunschtelegramm an Kennedy die Hoffnung aus, daß es dem neuen Präsidenten im Verein mit den Menschen guten Willens in allen Völkern gelingen werde, Frieden und Freiheit in der Welt zu sichern. Bundeskanzler Adenauer sagte in seinem Telegramm: „An diesem für Ihre Nation und die Gemeinschaft der freien Völker bedeutungsvollen Tage ist sich das deutsche Volk ebenso wie die Regierung der Bundesrepublik der schicksalhaften Verbundenheit unserer Völker bewußt.“

## Nicht eingelöste Versprechen

### Thedieck weist Ulbricht auf Versorgungslage hin

Berlin (dpa). „Wenn die mitteldeutsche Bevölkerung von Planzielen leben könnte, dann hätte sie den höchsten Lebensstandard der Welt“, sagte Staatssekretär Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen am Sonnabend in seinem wöchentlichen Kommentar über den RIAS. Thedieck erinnerte SED-Chef Ulbricht an seine Versprechungen vom Sommer 1958, der mitteldeutschen Bevölkerung bis Ende 1961 einen Lebensstandard zu verschaffen, wie ihn die Bundesrepublik habe.

Zu Beginn dieses Jahres suche man jedoch in den Zeitungen der Sowjetzone vergeblich nach Meldungen, die geeignet wären, die Erfüllung der damaligen Versprechungen Ulbrichts zu

beweisen, sagte Thedieck. „Im Jahre 1961 trifft nicht einmal das zu, was Ulbricht schon für die Jahre 1958 und 1959 als Tatsache hingestellt hatte, daß nämlich der Standard im Verbrauch von Lebensmitteln in Mitteldeutschland wenigstens gleich hoch sei wie in der Bundesrepublik.“ Unter Hinweis auf die dauernden Versorgungsschwierigkeiten in der Zone, die durch die Schuld der kommunistischen Planwirtschaft aufgetreten seien, stellte Thedieck fest, daß der Je-Kopf-Verbrauch an Lebensmitteln und Konsumgütern in Mitteldeutschland auch heute von dem Niveau im Bundesgebiet weit entfernt sei, geschweige denn es übertroffen habe, wie Ulbricht prophezeite.

## 85 Jahre

W. W. Bonn. Der 85jährige Konrad Adenauer kann wieder auf ein Jahr des Erfolges zurückblicken. Ja, es war vielleicht das Jahr seines größten Triumphes. Denn was zu Beginn dieser zwölf Monate noch kaum glaublich erschien, wurde in dieser kurzen Zeitspanne Wirklichkeit: Sein stärkster innenpolitischer Gegner, die SPD, gab den jahrelangen wütenden Kampf gegen die Außenpolitik des Bundeskanzlers auf und erkannte an, daß die Bundesrepublik jetzt und in Zukunft nichts anderes tun könnte, als diese Außenpolitik in den Hauptelementen fortsetzen. Mit Recht kann Adenauer heute sagen, daß er die deutsche Politik, die er seit Jahren in rastloser Arbeit gestaltet hat, im Auftrage des ganzen deutschen Volkes führt. Es ist eine großartige Krönung seiner nun bald zwölfjährigen Tätigkeit in Bonn.

Doch muß auch er selbst noch in seinem Triumph spüren, daß es einsamer um ihn wird. So war es in Wirklichkeit gar nicht in der Zeit, als man noch von seinen „einsamen Entschlüssen“ sprach. Aber eng und klein ist nun der Kreis der Männer geworden, die zu ihm kommen, um sich mit ihm zu beraten. Viele überlegen, was „nach Adenauer“ sein wird. Großen Teilen in seiner Partei, der CDU, genügt es nicht mehr, ihn allein als ihren Kanzler und Kanzlerkandidaten für die nächste Wahl herauszustellen, sondern sie fühlen die Notwendigkeit, ihm einen zweiten, nicht weniger zugkräftigen Mann an die Seite oder mindestens in seinen Schatten zu stellen.

★

Während die Adenauer-Politik zur deutschen Politik schlechthin geworden ist, verblaßt ihr Mythos. Selbst alten Bewunderern des Kanzlers fällt es immer schwerer, sich die Einmaligkeit seiner Leistung vor Augen zu führen, nachdem alle politischen Kräfte sich ihre, eben die Adenauers, Tendenz zu eigen gemacht haben. Allmählich löst sich seine Politik von der Person Adenauers los. Immer mehr gewöhnt man sich an die außerordentliche Vorstel-

lung, daß das Werk von Dauer bleibt, auch wenn der Meister es eines Tages nicht mehr beachtlich. Der Kreis jener wächst, die glauben, es werde auch ohne Adenauer so kräftig weitergehen wie bisher.

Genährt werden solche Gedanken durch die Verwandlung der Umwelt. Im Laufe der Jahre ist die Generation, die in den Jahren nach dem Kriege die Welt mit starker Hand aus dem Chaos in eine neue, wenn auch unvollkommene Ordnung führte, dahingegangen. Churchill trat zurück und machte Jüngeren Platz, von Einaudi spricht man kaum noch, fern im Osten hat Syngman Rhee sein Land verlassen, Papst Pius und Dulles sind gestorben, und nun wird in Amerika im Wechsel von Eisenhower zu Kennedy gar eine ganze Generation übersprungen. Nur Charles de Gaulle hält die Fahne der 70-jährigen noch hoch — und selbst er ist, wenn auch körperlich mehr als geistig, nur ein sehr viel jüngerer Bruder Adenauers.

★

Man soll nicht glauben, daß solche Beobachtungen an Konrad Adenauer spurlos vorübergehen. So gerne er gelegentlich, die Worte eines alten Papstes aufnehmend, scherzt, man solle der Gnade Gottes keine zu engen Grenzen setzen, so weiß er doch auch, daß er nach menschlichem Ermessen nicht mehr fern von dieser Grenze sein kann. Warum gönnt er sich trotzdem keine Ruhe, wie es freiwillig Churchill getan hat und wie es unfreiwillig bald Eisenhower tun wird. Niemand kann in sein Inneres hineinblicken. Aber die richtige Antwort auf die Frage ist wahrscheinlich so einfach wie alles im Leben und Denken Adenauers: Er fühlt sich heute so wenig überflüssig wie jemals zuvor. Er glaubt noch eine Aufgabe zu haben. Noch scheint ihm sein Werk, die freie Bundesrepublik, nicht gesichert. Der Gedanke an seine Nachfolger erfüllt ihn mit Sorge.

Wieder einmal, wie schon so oft in der Vergangenheit, stoßen Adenauers Selbstbewußtsein und die Empfindungen seiner Umwelt hart aufeinander. Durch die CDU und das deutsche Volk geht ein Strom

des Gefühls, daß man nun mündig sei und der großartigen, aber strengen Aufsicht nicht mehr bedürfe. Der Zwiespalt kann dem Bundeskanzler nicht gleichgültig sein — schon wegen der Wahlen nicht, in die er mit seinen 85 Jahren hineinziehen will, so kampfesfreudig wie nur je und beflügelt von dem unbedingten Willen, nach der Wahl die Zügel in Bonn ebenso fest in der Hand zu behalten wie zuvor. Aber er hat von jeher seinen Willen höher eingeschätzt als das Widerstreben der anderen; und meist hat er recht behalten. Wie wird es diesmal sein?

★

Adenauer erleidet ein Schicksal, das nur wenigen historischen Persönlichkeiten als Bestätigung ihres ungewöhnlichen und einmaligen Ranges zuteil geworden ist: Schon zu Lebzeiten wird er, wie einst Friedrich der Große, legendär. Das Volk hört nicht auf, ihn für den größten deutschen Politiker unserer Zeit zu halten, aber viele gönnten ihm lieber eine Stelle, wo er über den Dingen schwebte, statt alles selbst lenken zu müssen. Hätte Adenauer 1959 die Würde des Bundespräsidenten angenommen, so hätte er diesem verbreiteten Gefühl entsprochen. Damals hat er sich (nicht ohne gute Gründe) anders entschieden. Daher sieht er jetzt nur die Pflicht, an seinem Platz auszuharren und ihn mit all der Klugheit und Weisheit auszufüllen, die den Namen Deutschlands so unlöslich mit seinem Werk verbunden haben.

## Für Polen nicht „DDR“

Berlin (dpa). Die vom Sowjetzonenregime vertretene Auffassung, daß „ganz Berlin zur DDR gehört“, wird von polnischen staatlichen Institutionen, darunter dem Büro der Internationalen Messe in Posen, nicht geteilt. Bei den an Industrielle, Kaufleute und Wirtschaftsjournalisten in Westberlin verschickten Glückwünschen zum Jahreswechsel tragen die Anschriften ausdrücklich den Hinweis „Deutsche Bundesrepublik“.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2

# Adenauer prägte diesen Staat

Als Konrad Adenauer vor zwölf Jahren das Amt des Bundeskanzlers übernahm, da war es vorerst nicht mehr als ein Entwurf und ein Gerüst von Paragraphen. Mit der Kraft seiner Persönlichkeit hat er ihm Profil und Inhalt gegeben. Seine historische Leistung dürfte vor allem darin bestehen, rechtzeitig erkannt zu haben, daß Deutschlands Weg nur an der Seite der freien Welt sein könne. Es ist wahrlich nicht seine Schuld, wenn nicht das ganze Deutschland an diesem Weg teil hat.

**DT. Berlin (Eigenbericht).** Die Jugend Konrad Adenauers fiel in eine außerordentlich unruhigvolle Zeit. Hinter der glanzvollen Fassade der Gründerjahre wuchsen mächtige Schatten auf. Die sich verschärfenden sozialen Gegensätze drängten auf eine Lösung. Von dem wirtschaftlichen Aufstieg, der damals weite Kreise betraf, war im Hause Adenauers wenig zu spüren. Der Vater war Sekretär am Kölner Oberlandesgericht und mußte sich mit dem bescheidenen Gehalt eines mittleren Beamten begnügen. Das war nicht leicht bei einer Familie mit vier Kindern. Bestimmend für den Geist im Hause Adenauers war jedoch ebenso die beherrschte und muntere Art der Mutter wie das Pflichtgefühl und die Redlichkeit des Vaters. Man darf es Konrad Adenauer schon glauben, wenn er rückschauend über seine Jugend im Elternhaus sagt: „Ich habe ein sehr einfaches Leben geführt. Ich wußte kaum, was es da zu schreiben gäbe.“

## Geduldig und zäh

Nach dem Abitur wandte er sich dem Studium der Rechte zu und trat als Assessor beim Kölner Landgericht ein. Die Tätigkeit sagte ihm jedoch nicht sonderlich zu. Nach seiner Eheschließung wechselte er in eine renommierte Anwaltspraxis über. Hier lernte und übte er jene Fähigkeiten, die ihm bis heute nicht abhanden gekommen sind: komplizierte Zusammenhänge zu überschauen und sie übersichtlich zu gliedern sowie geduldig und zäh zu verhandeln.

Eine entscheidende Wende tritt im Leben des jungen Assessors ein, als es ihm gelingt, im Jahre 1906 in Köln die Stellung des ersten Beigeordneten zu beziehen. Sein Vater nahm die Nachricht seiner Wahl mit den Worten auf: „Jetzt mußst du dir vornehmen, Ober-

bürgermeister zu werden.“ Freilich sollten elf Jahre ins Land gehen, ehe Konrad Adenauer, 41jährig, die Nachfolge des Kölner Oberbürgermeisters Wallraf antritt.

Schwierige Aufgaben erwarteten ihn. Die steigende Not des Krieges, der Zusammenbruch und die Wirren der ersten Nachkriegsjahre verlangten Umsicht und Wendigkeit. Solche Eigenschaften wurden dem Oberbürgermeister von Köln nachgerühmt und haben der Stadt den Ruf eingebracht, zu den bestverwalteten des damaligen Reiches zu zählen.

## Braune Verfolger

Als Konrad Adenauer sich anschickte, 1918 in die große Politik einzutreten, war er kein Unbekannter mehr. Er wurde Vertreter des Zentrums im Preußischen Herrenhaus und war lange Jahre hindurch Präsident des Preußischen Staatsrats. Im Mai 1926, als das Kabinett Luther gestürzt wird, steht er als Zentrumskandidat für die Kanzlernachfolge in der engeren Wahl. Die Vorverhandlungen scheitern jedoch am Widerstand der Fraktion, nicht zuletzt aus den eigenen Reihen.

1929 läuft Adenauers Amtszeit als Kölner Oberbürgermeister ab, aber es erscheint geradezu selbstverständlich, daß er für weitere zwölf Jahre gewählt wird. Die Machtübernahme Hitlers setzt jedoch seinem politischen Wirken ein vorläufiges Ende. Er wird aus Köln ausgewiesen und von der Geheimen Staatspolizei überwacht. Er entweicht in die Benediktinerabtei Maria Laach, verläßt jedoch nach einigen Monaten sein klösterliches Asyl und siedelt mit seiner Familie nach Neubabelsberg über. Dort wird er im Zuge der Röhmrevolte festgenommen, bald jedoch wieder freigelassen. Im Zusammenhang

mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 wird er erneut verhaftet und entgeht nur mit Mühe einem Transport ins Konzentrationslager Buchenwald.

Im 70. Lebensjahr stand Adenauer, als ihn die Besatzungsmächte 1945 als Oberbürgermeister in Köln erneut einsetzten. Unterschwerigsten Bedingungen übernahm er die Leitung der nahezu hoffnungslos zerstörten Stadt. Schon bald sollte es sich zeigen, daß er kein bequemer Mitarbeiter für die Alliierten war. Am 6. Oktober 1945 setzte ihn der britische Militärgouverneur ab, weil er sich geweigert hatte, für den Wintervorrat der Haushalte die Bäume in den Anlagen Kölns abholzen zu lassen und statt dessen empfohlen hatte, die riesigen, von den Alliierten beschlagnahmten Kohlevorräte zu verteilen.

## Gründung der CDU

Adenauers Aktivität verlegte sich nun auf die Gründung der Christlich-Demokratischen Union. Er folgte dabei der Idee, den unheilvollen Gegensatz der beiden großen Konfessionen zu überwinden und sie in einer politischen Einheit zusammenzufassen. Erwartungsgemäß übernahm er sofort den Vorsitz der Partei.

Als 1948 der Parlamentarische Rat zusammentritt, wird Konrad Adenauer zu seinem Präsidenten gewählt. Damit ist ihm die Aufgabe gestellt, die Überleitung auf den ersten Bundestag zu schaffen und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen. Im September 1949 wählt dann der erste Bundestag Adenauer mit der überaus knappen Mehrheit von 202 von 402 abgegebenen Stimmen zum Bundeskanzler. Vier Jahre später, nach den Bundestagswahlen von 1953, verfügt er mit den Koalitionsparteien über eine sichere Regierungsmehrheit von 332 der insgesamt 487 Sitze. 1957 erreicht die CDU mit 50,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit.

## Für Verständigung

Die Politik der Verständigung mit den Westmächten schritt

Fortsetzung auf Seite 6

# Parteien gegen Reisegesetz

Vorstoß der Berliner CDU im Bundestag — Einig im Grundsatz

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesinnenminister Schröder stieß bei der ersten Beratung des Gesetzes über die Ein- und Ausreise auf den massiven Widerstand aller Parteien. Sprecher der Fraktionen stimmten ihm zwar zu, daß etwas gegen die Einschleusung kommunistischer Agenten unternommen werden müsse. Aber sie lehnten das Gesetz in der vorliegenden Form durchweg ab.

In den zuständigen Ausschüssen wird es nun zu einem heftigen Ringen um das Gesetz kommen. Die überwiegende Mehrheit des Bundestages befürchtet, daß durch die geplanten Kontrollen und Beschränkungen des Reiseverkehrs zwischen der Zone und dem Bundesgebiet mehr Unheil als Nutzen gestiftet würde.

## Keine Kinderverschickung

Wo Schröders Kritiker daran gingen, eigene Gegenvorschläge darzustellen, spürte man freilich, wie schwierig eine befriedigende Lösung zu erreichen ist. Der Entwurf der Regierung will allen Personen, die im dringenden Verdacht stehen, Feinde der Demokratie zu sein, bei Strafe verbieten, das Bundesgebiet anders als auf dem ordnungsgemäßen Wege zu verlassen oder zu betreten. Es sieht ferner die Möglichkeit vor, daß solche Personen an der Zonengrenze aufgehalten und entweder in die Zone oder ins Bundesgebiet zurückgeschickt werden können.

Im Auftrag der Berliner CDU-Abgeordneten machte Benda den Gegenvorschlag, man sollte wie bisher auf jede Kontrolle an der Zonengrenze verzichten. Den Polizeibehörden im Bundesgebiet solle lediglich die Möglichkeit gegeben werden, an Ort und Stelle gegen Personen vorzugehen, die durch ihr Verhalten den Verdacht begründen, daß sie strafbare Handlungen gegen die freiheitliche Ordnung in Westdeutschland begehen wollen. Solche Personen sollen über die Zonengrenze abgeschoben werden. Um die Verschickung von Kindern in sowjetzonale „Ferienlager“ zu verhindern, sollen Kinder-Transporte von einer Genehmigung des zuständigen Jugendamtes abhängig gemacht werden.

Ein Vorschlag des SPD-Abgeordneten Schäfer sieht vor, Personen aus der Sowjetzone, die bei einem Aufenthalt in Westdeutschland „bestimmte Tatbestände“ erfüllen, in Zukunft nicht mehr ins Bundesgebiet hereinzulassen. Ebenso sollte die Ausreise von Westdeutschen verhindert werden, die sich in der Zone „so aufführen, wie wir es nicht sehen wollen“. Der

FDP-Abgeordnete Dr. Bucher erkannte vor allem die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die kommunistische „Kinderlandverschickung“ an.

## Gegenvorschläge

Schröder, der in der Debatte auch persönlich angegriffen worden war, erkannte in seinem Schlußwort die Gegenvorschläge an, meinte aber, sie reichten nicht aus, um das Ziel — die Sicherung der Bundesrepublik gegen kommunistische Einflüsse — zu erreichen. Vertrauen zur Festigkeit der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik genüge nicht. Vielmehr gehe es darum, eine „wehrhafte Demokratie“ aufzubauen.

## „Etwas ruhiger“

### Brandt zur Lage Berlins

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Der Regierende Bürgermeister Brandt hat die Ansicht vertreten, daß Berlin jetzt etwas ruhiger in die Zukunft sehen und auf längere Sicht planen könne als in den vergangenen Monaten. Allerdings seien keineswegs alle Gefahren abgewendet. Man müsse immer auf eine neue Zuspitzung der Lage gefaßt sein. Brandt sprach als SPD-Landesvorsitzender auf dem Richtfest für das neue sechsgeschossige Parteigebäude im Bezirk Wedding.

## West-Stempel genügt

Berlin (Eigenbericht). Alle Warenbegleitscheine für den Güterverkehr zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet benötigen von sofort an nur noch den Stempel der Senatsverwaltung für Wirtschaft. Dies wurde in Ergänzung der Erleichterung, über die der TAG bereits berichtete, amtlich bestätigt. Bisher mußte auf Grund der sogenannten „Vorbehaltsliste“ des Alliierten Kontrollrates aus dem Jahre 1946 rund die Hälfte der 120 000 bis 130 000 Warenbegleitscheine, die monatlich ausgereicht werden, auch in Ostberlin abgestempelt werden.

## Entstellende Sendung über Dibelius

Berlin (dpa). Der Rat der Evangelischen Kirche der Union (EKU) hat sich in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr in Berlin gegen eine entstellende und ehrenrührige Sendung des Sowjetzonen-Fernsehens über Bischof Dibelius verwahrt. Mit der Fernsehsendung, die am 29. Dezember im Fernsehfunk der Sowjetzone verbreitet wurde, sollte der Eindruck erweckt werden, als habe Bischof Dibelius in früherer Zeit aus politischer Gesinnung schwere Straftaten gedeckt. Unter anderem wurde der Fall des Predigers Schnoor aufgerollt. Für ihn hatte sich Dibelius vor mehr als 30 Jahren in seiner damaligen Eigenschaft als Generalsuperintendent der Kurmark in bestem Glauben zunächst eingesetzt, als Schnoor ein bis heute nicht nachgewiesener Mord zur Last gelegt wurde. Nach Bekanntwerden anderer nachweisbarer Verfehlungen entthob Dibelius jedoch den Prediger seines Amtes. Schnoor verlor damals sein kirchliches Amt und die Rechte des geistlichen Standes. Der Rat der EKU verurteilte die Fernsehsendung in Übereinstimmung mit der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

# Abschied von Kardinal Wendel

## Minister und Bischöfe bei den Feierlichkeiten und im Tauerzug

München (Eigenbericht). Unter größter Anteilnahme der Bevölkerung nahm die bayrische Landeshauptstadt Abschied von ihrem verewigten Oberhirten, Joseph Kardinal Wendel. Während der dumpfen Anschläge der schweren Salve-Glocken des Liebfrauentomes und dem einsetzenden Geläute aller Kirchenglocken Münchens empfing der tote Kirchenfürst in seiner von Gläubigen überfüllten Kathedrale durch Kapitularvikar, Weihbischof Dr. Neuhäusler, die letzte Aussegnung.

Auf einem von vier Pferden gezogenen Trauerwagen wurde der Sarg in einem fast zwei Kilometer langen Kondukt durch die Innenstadt geleitet und dann in den Dom zurückgeführt, wo der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, das Pontifikalrequiem zelebrierte und der Berliner Kardinal Julius Döpfner die Trauerrede hielt.

### „Der getreue Knecht“

Kardinal Döpfner bezeichnete den Verstorbenen als den getreuen Knecht, der ganz auf seinen Herrn hingeeordnet war, ihm diene, für sich selbst aber nichts wollte. Wörtlich erklärte Kardinal Döpfner: „Das genau ist die Signatur des Amtes in der Kirche; es ist nicht herrschen, sondern Dienst für Christus.“ Kardinal Wendel habe dies schlicht, bescheiden und phrasenlos in überzeugender Ausprägung dargestellt. In ihm sei alles durchsichtig auf Christus hin gewesen. Im Zusammenwirken mit den Verantwortlichen des Staates und des öffentlichen Lebens habe sich bei Kardinal Wendel das wohlüberlegte Maß hinzugesellt, die noble Form und verbindliche Menschlichkeit. Mit den evangelischen Mitchristen habe er brüderliche Nachbarschaft gepflegt und immer und überall die Kirche Gottes anziehend und strahlend in die Umwelt hineingestellt.

Zum Abschluß seiner Ansprache rief Kardinal Döpfner der Bevölkerung Münchens zu: „Du Gottesvolk der heiligen Kirche von München, Euer

Bischof hat sich für Euch verzehrt. Seine letzte Predigt war durchzittert von der Sorge um Euch. Sein Sterben aber ist ein gewaltiges Amen, das Gott selbst unter dieses Gnadenjahr Eurer Stadt schrieb. In diesen Tagen hat Christus über München und das bayerische Land das Wort ausgerufen, das er einst seiner Stadt Jerusalem sagte: „Erkenne an diesem Tage, was Dir zum Frieden dient!“

### Der Trauerzug

Nach Erteilung der fünf Absolutionen erfolgte die Beisetzung des Kirchenfürsten in der Krypta des Domes an der Seite seines Vorgängers, Michael von Faulhaber.

Der große Trauerzug wurde durch die katholische Jugend eröffnet. Ihm folgten die Studentenverbindungen, die Orden, der Klerus, darunter 34 Erzbischöfe und Bischöfe und schließlich die Kardinäle und der Apostolische Nuntius. Dem Sarg vorangetragen wurde ein Ordenskissen mit den Auszeichnungen des Verstorbenen. Ehreneskorten der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr, die auch eine Ehrenkompanie mit Musikzug stellte, begleiteten den Sarg. Zahlreiche Fahnenabordnungen der bayerischen Trachtenvereine hatten vor dem Dom Aufstellung genommen.

Dem Sarg folgten nach den Verwandten und Angehörigen des Verstorbenen die höchsten Vertreter von Bund und Staat. Justizminister Dr. Schäffer vertrat den Bundespräsidenten, Bundespostminister Dr. Stücklen den Bundeskanzler. Für die Bundeswehr, deren katholischer Militärbischof Kardinal Wendel war, hatte sich Bundesminister Strauß mit einer Gruppe von Generalen eingefunden. An der Spitze der bayerischen Staatsregierung befand sich Regierungschef Dr. Hans Ehard; es folgten weiter die Präsidenten und Abgeordneten des Senats und des Landtags, der Stadtrat der Landeshauptstadt, die Rektoren und Professoren der Hochschulen und Akademien.

Während der Beisetzung in der Krypta zelebrierte im Liebfrauentom der apostolische Exarch für die katholischen Ukrainer in Deutschland, Dr. Platon Kornyljak, einen kurzen Trauergottesdienst im byzantinischen Ritus.

## Kein Religionsunterricht

Warschau (ap). Der Plenarsitzung des Zentralkomitees der polnischen KP wurde eine Empfehlung unterbreitet, nach der der Religionsunterricht in den staatlichen Schulen abgeschafft werden soll. In dem Bericht wird der Religionsunterricht an den Schulen als „Brutstätte für Fanatismus und Intoleranz“ bezeichnet. Es liege im Interesse aller gläubigen und nichtgläubigen Eltern, daß die religiöse Unterweisung der Kinder außerhalb der Schule stattfinde.

## Lob für Dibelius

Oldenburg (dpa). Vor der konstituierenden Sitzung der 37. Synode der Oldenburger Kirche wies Bischof D. Jacobi (Oldenburg) auf das Ausscheiden von Bischof Dibelius aus seinem Amt hin. Man werde erst nach seiner Amtsniederlegung merken, sagte er, was man an diesem Manne gehabt habe. „Seine durch nichts zu erschütternde Tapferkeit hat auch den Machthabern in der Sowjetzone imponiert“. Nachdem Dibelius auf eine neue Kandidatur verzichtet habe, könne niemand sagen, wer nunmehr Vorsitzender des Rates der EKD sein werde. Jacobi fügte hinzu, auch der Bischof von Berlin — bisher gleichfalls Dibelius — sei neu zu wählen und ein Wechsel im Präsidium des Evangelischen Kirchentages nicht ausgeschlossen.

Vor Pfarrern in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr nannte Präses D. Beckmann Landesbischof Lilje als möglichen Nachfolger von Dibelius. Es werde voraussichtlich keine nennenswerten Diskussionen geben, wenn Lilje zur Wahl stehe.

# Wieviel Kaufkraft hat der Rubel?

Was sich der sowjetische Arbeiter im Vergleich zum deutschen leisten kann

J. Berlin (Eigenbericht). Angesichts der augenblicklich in der Sowjetunion erfolgenden Währungsumstellung gewinnt die Frage eines Vergleichs der Kaufkraft des Rubels im Verhältnis zur D-Mark West erneut Bedeutung. Die Schwierigkeiten, derartige Vergleiche durchzuführen, sind für die Sowjetunion ganz besonders groß, da trotz der in den letzten Jahren erhöhten Publikationsfreudigkeit sowjetischer Stellen über

zu berücksichtigen ist, daß zu der mit 7,7 v.H. errechneten direkten Steuerbelastung die weit-aus stärkere Belastung durch indirekte Steuern in Form von erhöhten Preisen für die Konsumgüter tritt.

## Mieten billiger

Die Ausgaben für Miete sind in der Sowjetunion geringer anzusetzen als in der Bundesrepublik. Diese Tatsache wird aber durch die wesentlich bessere Wohnraumversorgung in Deutschland mehr als ausgeglichen. Ebenso wird der sowjetische Verbraucher mit „Bildung, Erholung, und Unterhaltung“ relativ billiger versorgt, ein Umstand, der auf die staatlich begünstigte Stellung dieses Sektors als Instrument politischer Beeinflussung zurückzuführen ist.

Diesen preismäßig günstigeren Faktoren der Lebenshaltung steht die schlechtere Versorgung des sowjetischen Verbrauchers in bezug auf Nahrung, Bekleidung und Hausrat gegenüber. Dabei ist zusätzlich zu bedenken, daß in qualitativer Hinsicht große Unterschiede bestehen, die statistisch nicht zu erfassen sind. Außerdem über-

steigt die private Nachfrage in der Sowjetunion bei vielen Gütern meistens das Angebot.

## Doppelte Arbeitszeit

In Zahlen ausgedrückt errechnet sich so ein Kaufkraftverhältnis von DM West zu Rubel, das je nach den zugrunde gelegten Verbrauchsgewohnheiten zwischen 1:4 und 1:5 schwankt und damit einen zwischen 0,21 DM und 0,27 DM liegenden Rubelwert ergibt. Hierbei wurden nur die Preise von Nahrungsmitteln berücksichtigt, da die Preisangaben für die übrigen Verbrauchsgüter in Moskau spärlich sind. Zieht man den Lohn in den Vergleich mit hinein, so muß der sowjetische Arbeiter ungefähr zwei- bis dreimal solange arbeiten wie ein deutscher Arbeiter, um die gleiche Warenmenge erwerben zu können. Da Preisvergleiche bei Bekleidung und Hausrat noch ungünstiger für Moskau ausfallen, kommt die Untersuchung zu dem Gesamtergebnis, daß die über die Nahrungsmittelpreise errechneten Relationen für den Reallohnvergleich etwa typisch sein dürften, obwohl Miete, Abgaben und „Kultura“ in Moskau billiger sind.

## Großaktion gegen KP

Hamburg (ap/dpa). Eine Großaktion der Polizei und des Verfassungsschutzes ist seit einer Woche gegen die illegale Kommunistische Partei in der Bundesrepublik im Gange. Nach zuverlässigen Berichten wurden bisher in Hessen drei Personen verhaftet und mehrere illegale Druckereien ausgehoben. Auch in Hamburg sollen Verhaftungen vorgenommen, Druckereien beschlagnahmt und eine große Menge kommunistischen Propagandamaterials sichergestellt worden sein.

die Höhe von Einzelhandelspreisen und Einkommen wie über die Verbrauchsstruktur nach wie vor keine offiziellen Angaben gemacht werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin hat nun unter Zuhilfenahme von Schätzungen und Einzelangaben eine Untersuchung durchgeführt, die darüber Auskunft gibt, was der sowjetische Arbeitnehmer im Vergleich zum Arbeiter in der Bundesrepublik für einen Durchschnittslohn kaufen kann.

Unter Zugrundelegung eines Durchschnittseinkommens von 876 Rubel (bei einem durchschnittlichen Stundenverdienst von 4,45 Rubel für Arbeiter und Angestellte in der Industrie) für die Sowjetunion und 447 DM West (2,59 DM) für die Bundesrepublik ergab sich für 1958 folgendes Bild:

Für einen Zwei-Personen-Haushalt beträgt die Steuerbelastung in der Bundesrepublik 13,6 v.H. gegenüber 7,7 v.H. in der Sowjetunion, wobei aber

## Adenauer prägte diesen Staat

Fortsetzung von Seite 3

von da an Jahr für Jahr zügig fort. 1951 wurde das Besatzungsstatut revidiert. Unter dem Eindruck der kommunistischen Bedrohung reifte der Entschluß heran, die Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem einzugliedern. Er wurde mit dem im Mai 1952 unterzeichneten Deutschland-Vertrag gekrönt. Bald erklärten sich die Westmächte bereit, Bonn auch in die NATO aufzunehmen. Zehn Jahre nach dem deutschen Zusammenbruch, im Mai 1955, war das freie Deutschland gleichberechtigtes Mitglied der freien Völkergemeinschaft.

Neben der außenpolitischen und militärischen Sicherung galt das ganze Interesse des Kanzlers von Anfang an dem Auf-

bau einer Wirtschaft der sozialen Gerechtigkeit. In Ludwig Erhard hatte er 1949 den Mann gefunden, der mit seiner liberalen Wirtschaftsauffassung, die nicht frei von sozialer Bindung sein sollte, seinen Vorstellungen entgegenkam.

Alle Bemühungen, auch mit den östlichen Nachbarn und vor allem mit der Sowjetunion zu einem friedlichen Ausgleich zu kommen, blieben bisher erfolglos. Die inzwischen vollzogene Zweiteilung der Welt ließ uns angesichts der akuten sowjetischen Bedrohung keine andere Wahl, als unseren Platz an der Seite der freien Völker zu suchen. Es ist nicht schwer abzumessen, was wir ohne diesen Rückhalt von der Sowjetunion als Verhandlungspartner zu gewärtigen hätten.

## TAG-Leser-Protest beachtet:

# Die 67 ungarischen Kinder dürfen hoffen

J. R. Wien, im Januar

Im November 1960 veröffentlichten wir einen erschütternden Bericht aus Ungarn. Dort sollten 67 Kinder wegen Beteiligung am Volksaufstand 1956 den Tod finden, weil ein von der ungarischen Regierung neu erlassenes Gesetz es so wollte. Wir brachten die Not dieser Kinder und ihrer Eltern zum Ausdruck und forderten durch weltweite Proteste, diese Kinder retten zu helfen.

Der Artikel wurde in deutschen und österreichischen Blättern nachgedruckt. Viele Leser aus Berlin, der Bundesrepublik und auch aus dem Ausland waren die ersten, die in Telegrammen nach Budapest, an das Rote Kreuz und die UNO gegen diese Maßnahme der Regierung Kadar schärfsten Protest erhoben. Einige westliche Gesandtschaften in Ungarn wurden hellhörig. Sie richteten auf diplomatischem Wege Anfragen an die Regierung und an das Justizministerium. Man wurde dort aufmerksam auf den Appell an das Gewissen. Einzelne ungarische Zeitungen griffen das Thema, wenn auch an versteckter Stelle, auf. Sie berichteten, die Kinder seien gut genährt, es gehe ihnen schon viel besser als früher; viele von ihnen seien inzwischen aus dem Gefängnis in ein „Jugendlager“ transportiert worden.

DT. Wenn nicht alles trügt, wird die ungarische Regierung die Todesurteile an den 67 Kindern nicht vollstrecken lassen. Dazu trug gewiß auch die Veröffentlichung im TAG bei. Und die vielen spontanen Reaktionen nach Ungarn bohrten im Gewissen der roten Machthaber. Wie unser Korrespondent erfahren konnte, sollen einige Kinder, die körperlich am meisten unter der vierjährigen Haft litten, in Krankenanstalten gebracht werden. Anderen will man in einem Lehrlingsheim eine Ausbildung vermitteln.

Das alles spricht für unsere Annahme, daß man sich in Budapest endlich eines anderen besonnen hat. Die Gewißheit, daß wir ein klein wenig dazu beigetragen haben, wieder Hoffnung einkehren zu lassen in die Gefängniszellen von 67 unschuldigen Kindern, die vor vier Jahren einen Hauch von Freiheit mitverspürten, erfüllt uns mit Freude.

Wir danken besonders unseren vielen Lesern, die durch ihre Anteilnahme mitgeholfen haben, daß die Zukunft dieser Kinder wieder hoffnungsvoller erscheint. Uns gibt es die Hoffnung, daß durch Appelle der Weltöffentlichkeit auch bei den Machthabern in Ungarn die Vernunft angesprochen werden kann.

## „Der Geist der wahren CDU“

DT. Die „Neue Zeit“, das Organ der Sowjetzonen-CDU, hat in einem Leitartikel „Der Geist der wahren CDU“ zu einer Rundfunkrede des Bundesministers Lemmer Stellung genommen. In dieser Rede hatte Lemmer darauf hingewiesen, daß die CDU im Juni 1945 in Berlin von seinen Freunden und ihm gegründet worden ist. Diese nicht wegzuleugnende Tatsache gefällt den Funktionären der Zonen-CDU ganz und gar nicht. Deshalb hat sie einen der Ihren beauftragt, die Dinge noch einmal in ihrem Sinne darzustellen. Das nimmt sich dann in besagtem Leitartikel etwa so aus:

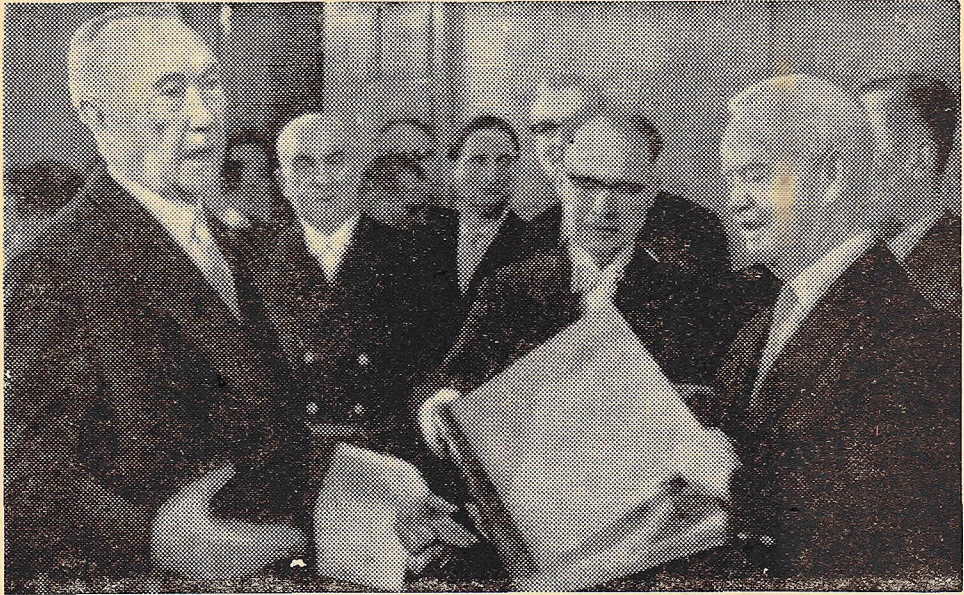
„Als dieser Gründungsauftrag veröffentlicht wurde, da gab es in Berlin weder amerikanische noch englische, noch französische Besatzungstruppen. Als sie einzogen, brachten sie den Ungeist der Spaltung Berlins mit.“

Diese Argumentation ist offensichtlich von dem Bestreben diktiert, den Anspruch der kommunistischen Machthaber in Mitteldeutschland auf einen eigenen Staat und auf ganz Berlin zu stützen. Sie hat nur den einen Fehler, daß sie die geschichtlichen Tatsachen verfälscht. Eben weil sich die Besatzungsmächte (damals noch) darüber einig waren, mit der

Besetzung Deutschlands eine demokratische Neuordnung zu schaffen, wurde diese Besetzung durch alle alliierten Mächte auch auf Berlin als der Hauptstadt Deutschlands ausgedehnt. Dafür räumten die westlichen Alliierten weite Gebiete Mitteldeutschlands in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg.

Strauchelt die Ost-CDU bei der Beweisführung um ihre Daseinsberechtigung schon auf diesem Glattteis, wieviel mehr noch, wenn man sich den Gründungsauftrag vom 26. Juni 1945 selbst vornimmt. Da ist von Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde die Rede. Weiter heißt es da: „Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben.“ Und was ist unter Duldung und aktiver Mitarbeit der Ost-CDU-Funktionäre aus Mitteldeutschland in diesen 15½ Jahren geworden? Wo sind die gerechten Richter? An ihre Stelle hat die SED eine parteiliche Justiz gesetzt, die Terrorurteile über jene verhängt, die sich auf das in der Verfassung garantierte Recht der Freizügigkeit innerhalb Deutschlands berufen. An die Stelle der Gestapo ist der sogenannte Staatssicherheitsdienst getreten, dessen Agenten die Ordnung der Bundesrepublik zu unterminieren suchen.

Der Geist der wahren CDU ist mit den 35 Unterzeichnern des Gründungsauftrages für immer verbunden. Nur einer noch befindet sich in dem Unrechtsstaat Ulbrichtscher Prägung — er sitzt im Gefängnis. Als im Dezember 1947 die sowjetische Besatzungsmacht den rechtmäßig gewählten Hauptvorstand der CDU seines Amtes entthob, begann eine Aktion, die mit der Blockade Berlins ihren Höhepunkt fand. Sie sollte den Sowjets den Weg nach Westdeutschland öffnen. Dieser Versuch ist gescheitert. Der Ungeist aber, wie ihn dort die Wegbereiter einer sich christlich nennenden Partei verkünden, hat sich seitdem über ein Land gelegt, das unteilbar zu Deutschland gehört.



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Als erster offizieller Gratulant übermittelte Bundespräsident Lübke dem Bundeskanzler seine Glückwünsche zum 85. Geburtstag — Unten: Unübersehbar war die Beteiligung der Bevölkerung bei der Beisetzung Kardinal Wendels in München.

